Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 301. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 24. Dezember 1930. | 12. Jahrgang.

Ueberfluß hat erst Wert, wenn wir ihn zum Wohle anderer benutzen. Hilty.

Die Tschechoslovakei zählt ihre Völker.

In der Woche vom 2. bis 7. Dezember hat die Tschechoslovakei zum zweiten Mal seit dem Kriegsende eine Heerschau ihrer Völker vorgenommen, eine Volkszählung, die nicht nur für das eigene Land, sondern ebenso für das Ausland und ganz besonders für die Deutschen von hohem Interesse ist. Die erste Zählung der jungen Republik fand im Februar 1921 statt, und es wurden damals insgesamt etwas über 13¼ Millionen Einwohner gezählt. Zur tschechoslovakischen Nation bekannten sich rund 8¾ Millionen, zur deutschen über 3 Millionen, zur magyarischen ¾ Million, zur russischen knapp ½ Million, zur jüdischen rund 180 000 und zur polnischen rund 75000. Außerdem blieb noch ein Rest von 25 000, worunter sich alle möglichen fremdsprachlichen Stämme sammelten. Die 8¾ Millionen, die sich zur tschechoslovakischen Nation bekannten, muß man in 2 Teile teilen. Es verbergen sich darunter ungefähr 6,5 Millionen Tschechen und 2¼ Mill. Slovaken. Tschechen und Slovaken unterscheiden sich ja durch ihre Wesensart, durch ihre Kultur und nicht zuletzt durch ihre politischen Ziele ganz und gar. Die Slovaken haben es bald nach Gründung der neuen Republik bitter bereut, dem Staatsverbande beigetreten zu sein, ihre staatspolitischen und kulturellen Wünsche sind ebenso wenig von den Tschechischen Machthabern berücksichtigt worden wie die der sogenannten Minderheiten, die ihren Namen nicht zur Bezeichnung der neuen Republik geliehen haben. Wenn man dann noch bedenkt, daß auch von den 6,5 Millionen Tschechen mindestens 1 Million Zwangs- und Falscheintragungen abzurechnen sind, so bleiben ungefähr 5,5 Millionen wirkliche tschechische Bewohner für die gesamte Republik. Das ist noch weit unter der Hälfte der Gesamtbevölkerung. Wer also von einem tschechisch-nationalen Staat spricht, der vergißt, daß diese tschechische Nation gegenüber den anderen Völkern des Staates durchaus in der Minderheit ist, und daß die Unterdrückung dieser anderen Völker seitens der tschechischen Regierung nicht einmal rein zahlenmäßig gerechtfertigt ist. Da sich unter den genannten Zwangs- und Falscheintragungen annähernd ½ Million Deutsche befanden, so wächst die Zahl der wirklichen Deutschen in der Tschechoslovakei auf ungefähr 3,5 Millionen an. Sie stellen also nächst den Tschechen den stärksten Anteil an der Gesamtbevölkerung, und es war vorauszusehen, daß zwischen diesen beiden mächtigsten Partnern der Kampf heftig entbrennen werde. Jedoch die Tschechen haben es verstanden, den Deutschen allmählich jede Einflußnahme auf die staatspolitische Führung zu nehmen. Und als sich die Deutschen auch noch in zwei Lager spalteten, in das Lager der sogenannten Aktivisten, die aktiv an der Regierung teilnehmen wollten und dadurch Erfolge erhofften, und in das Lager der Negativisten, die jede Regierungskoalition für aussichtslos und darum schädlich für das Deutschtum hielten, da war die deutsche Front um so schwächer. Weder die einen noch die anderen haben in der Praxis irgendetwas Bedeutendes erreicht.

Die jetzige Volkszählung nun wird unter Umständen die Rechte der Deutschen noch weit mehr verkleinern als das bisher schon der Fall war. Es werden nämlich auf Grund der Ergebnisse die Grenzen für die Forderungen der Minderheiten festgesetzt. Nach den Sprachbestimmungen der Republik können die Deutschen z. B. nur in solchen Bezirken mit den Aemtern und Behörden in ihrer Muttersprache verkehren, in denen sie mindestens 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Was das für den Entwurzelungsprozeß der Deutschen bedeutet, ist ohne weiteres klar. Die sogenannten Tschechisierungsvereine haben ja in diesem Sinne tüchtig vorgearbeitet und in den gemischtsprachigen Gegenden die Deutschen soweit wie nur möglich zu schwächen gesucht, während sie in den fast rein deutschen Gegenden wiederum die tschechische Minderheit auf jede Weise stärkten und unterstützten. Es ginge zu weit, hier auf all diese Einzelheiten einzugehen, auf die geldlichen und wirtschaftlichen Vorteile, die den sich zum Tschechentum Bekennenden gemacht würden, auf den Verbrauch von staatlichen Mitteln, die zu diesem einseitigen Zweck verwandt worden sind, und auf die Drohungen, die gegen die sich Weigernden erhoben wurden. Dieses Sprachgesetz spielt besonders in national gefährdeten Bezirken eine entscheidende Rolle. Dazu kommen dann andere Bestimmungen, wie z. B. die, daß nach dem Stärkeverhältnis der Minderheiten auch die Zuwendungen des Staates in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung festgesetzt werden. Je mehr es gelingt, in den einzelnen Gemeinden das Deutschtum rein zahlenmäßig zu verringern, umso leichter kann die Tschechisierung vor sich gehen, um so weniger gesetzlichen Schutz haben die Minderheiten. Die unter 20 Prozent liegenden deutschen Gemeinden vereinsamen dann gewissermaßen, sie werden eingekapselt von der übrigen 80%igen Bevölkerung, sehen deren Vorteile und fühlen sich schließlich verlassen. Die deutschen Vollgemeinden dagegen verlieren nicht erst von dem Moment an, wo es den Tschechen gelingt, dort eine 20%ige tschechische Minderheit zu konstituieren, ebenfalls ihr reines Gepräge, sondern in diesen reindeutschen Gemeinden hat bereits jeder einzelne Tscheche das Recht, überall sich der tschechischen Staatssprache zu bedienen und sich in ihr bedienen zu lassen.

Die zahlenmäßigen Ergebnisse der jetzigen Volkszählung werden erst nach geraumer Zeit vorliegen. Man rechnet damit, daß es vielleicht Mitte des nächsten Jahres möglich sein wird, die Statistik zum Abschluß zu bringen. Darum interessiert diese Statistik auch im Augenblick weit weniger als die Art und Weise, mit der die Volkszählung zu Anfang dieses Monats vor sich gegangen ist. Man kann die Dinge jetzt schon klar überblicken. Und in der Tat: was hier vor sich gegangen ist, verdient wohl die Aufmerksamkeit der Deutschen im Reiche und nicht zuletzt der Deutschen Regierung, damit sie im gegebenen Augenblick, wenn ihr Gelegenheit geboten ist, für die Minderheitsvölker einzutreten, Bescheid weiß. Dieser Volkszählung haftete, wie fast allem, was in der Tschechoslovakei seit ihrem Bestande offiziell geschieht, in ausgeprägtem Maße das Politische an. Alles war darauf angelegt, die Minderheiten bei der Eintragung in die Zählisten möglichst die wirkliche Zugehörigkeit ihrer Nation verschweigen und dafür die tschechische wählen zu lassen. Da waren zuerst die sogenannten Zählkommissare. Für sämtliche deutschen Gemeinden ohne Unterschied ist die Mehrzahl dieser Kommissäre aus Tschechen zusammengesetzt worden. Nicht nur aus Prag, wo die Deutschen ihrer zahlenmäßigen Stärke nach doch wenigstens 50 bis 60 deutsche Zählkommissare aufweisen mußten, wo aber trotzdem ausschließlich Tschechen dazu ernannt wurden, sondern auch aus allen deutschen Grenzbezirken und gemischtsprachigen Bezirken des Landes liefen Beschwerden über Beschwerden ein über die ungerechte und willkürliche Zuteilung dieser Beamten, die ihrerseits mit Willkürakten nicht sparten. Ja, in Nordböhmen haben sogar die Tschechisierungsvereine Volkszählungen auf eigene Faust unternommen. Dann die Zählrevisoren! Bei diesen ist das Verhältnis zwischen deutsch und tschechisch noch weit schlimmer. Für diese Aemter, die ja letzten Endes vielleicht noch bedeutungsvoller sind, als die der Zählkommissare, hat man fast nur Tschechen genommen. Dabei ist nach dem Gesetz jede Beeinflussung bei einer Volkszählung zugunsten der einen oder anderen Partei durchaus verboten. Die Ueberleitung der ganzen Aktion in tschechische Hände kann diesem Gesetz in keiner Weise gerecht werden. Und was bedeutet der Erlaß des Innenministers, der auf die Beschwerden der Deutschen hin die Bezirksämter auf ihre gesetzlichen Pflichten bei der Volkszählung aufmerksam machte, wenn dieser Erlaß überhaupt nicht in die Hände der Bezirksämter gelangt ist.

Dann noch eine sehr wichtige Neuerung. Im Jahre 1921 bei der ersten Volkszählung waren die Zählformulare in tschechischer und deutscher Sprache abgefaßt. Die Deutschen also, die doch in den weitaus meisten Fällen gar nicht der tschechischen Sprache mächtig sind, konnten sich bei der Eintragung immerhin noch zurechtfinden. Bei der jetzigen Zählung aber sind all jene Bezirke, in denen die Deutschen nicht 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen, also in eigentlichen deutschen Minderheitsgebieten, nach demselben Rezept behandelt worden wie die rein tschechischen Gebiete, wo überhaupt keine Deutschen wohnen. Es wurden nur Zählformulare in tschechischer Sprache vorgelegt. Das klingt unglaublich, aber leider ist es so. Wer noch an einer zu einseitigen Handhabung der ganzen Volkszählungsaktion zweifelte, der wird durch diese Tatsache allein eines besseren belehrt. Es kommt nämlich noch etwas hinzu. In vielen Bezirken füllten die tschechischen Zählkommissare einfach die Formulare selbst aus und ließen sie dann von den Leuten unterschreiben. Dazu kam noch ganz allgemein für das ganze Land die große Schwierigkeit, daß das Formular fast zwei Dutzend Rubriken aufwies, und daß es eine eigene Rubrik für die sogenannte „Staatsbürgerschaft" enthielt, worunter die allgemeine tschechoslovakische Staatszugehörigkeit verstanden ist, also mit dem Vermerk „tschechoslovakisch" von jedem, der das Bürgerrecht besitzt, auszufüllen ist, und eine eigene Rubrik für die „Nationalität", worunter die eigentliche nationale Zugehörigkeit verstanden wurde, also den eigentlichen Schwerpunkt des ganzen Zählbogens ausmachte und mit „deutsch" oder tschechisch, magyarisch usw. ausgefüllt werden mußte. Wer aber als Deutscher diese Rubriken in tschechischer Sprache ausfüllen mußte, kam erst recht in große Konfusion. Und es ist verständlich, wenn hier viele die ganze Arbeit des Eintragens den Zählkommissaren überließen.

Zum Schluß soll noch bemerkt werden, daß auch das Religiöse bei dieser Aktion nicht ausgeschaltet blieb. Die Freidenker haben die Volkszählung zum Anlaß genommen, im ganzen Lande eine mächtige Agitation zum Abfall von der Kirche zu unternehmen. Seit langem war so etwas nicht erlebt worden. Der Staat ist dagegen nicht eingeschritten, die Regierung hat nichts unternommen, um die Freiheit des Bekenntnisses zu gewährleisten. Alles in allem: diese tschechoslovakische Staatsaktion, die sich Volkszählung nennt, war nicht geeignet, das Vertrauen der Völker auf eine unparteiische Regierung zu wecken. Die Minderheiten haben ihr Los erneut zu fühlen bekommen. Ein großer Apparat war in Bewegung gesetzt, Unsummen von Papier, rund 22 Waggons, wurden für die Durchführung der Zählung zur Verfügung gestellt. Wenn die Deutschen keine Verluste erlitten haben, so ist das schon ein ganz bedeutender Gewinn.

Dr. A.

Femeprozeß in Sofia.

Von Walter E. Brell-Sofia.

Ueber die geheime Revolutionsorganisation der Mazedonier, kurz IMRO genannt, hat dieser Tage ein Mordprozeß in Sofia wertvolle Aufschlüsse gegeben. Wenn seit Jahrzehnten die mazedonische Bewegung, sei es durch Erklärungen, Kampfschriften oder Attentate von sich reden machte, konnte man immer sicher sein, daß die IMRO dahintersteckt. Diese kämpferische Vertretung Mazedoniens, die seit Jahrzehnten einen Minderheitenkampf mit den äußersten Mitteln gegen Serbien, Griechenland und die Türkei führte und noch weiterführt, ist so mächtig, daß mehrere Balkanregierungen mit ihr rechnen müssen, sei es im Guten, sei es im Bösen. Auch dem mächtigen, bis an die Zähne gerüsteten Jugoslawien ist es nicht gelungen, sich gegen den Kleinkrieg, gegen die Höllenmaschinen der IMRO zu schützen.

Geheimnis umgibt die IMRO. Ihre Mitglieder zerfallen in zahlreiche Rangstufen. Verrat wird mit dem Tode bestraft, womit sich der Neuaufgenommene durch Schwur über gekreuzten Dolch und Revolver einverstanden erklärt. Ein von der IMRO gefälltes Todesurteil, das mit unerbittlicher Strenge und unfehlbarer Sicherheit ausgeführt wird, wird dem Verurteilten vorher zur Kenntnis gebracht. Er kann sich dann noch in letzter Minute rechtfertigen: Flucht ist unmöglich. Das haben die in Prag, Wien und Mailand vollstreckten Todesurteile der IMRO genügend bewiesen.

Seit der Ermordung des größten mazedonischen Führers der Neuzeit, Todor Alexandroff, im August 1924, eine Bluttat, die auf Eifersüchteleien unter den Führern zurückzuführen ist, war die Einheit innerhalb der IMRO erschüttert, bis es nach der Bestrafung aller am Morde Alexandroffs Beteiligten gelang, der IMRO unter der Führung des jungen Wojewoden Iwan Michailoff neue Geschlossenheit zu geben. Die Anhänger des Gegenflügels, nach ihrem gleichfalls ermordeten Führer General Protogeroff Protogerowisten genannt, fielen einer nach dem anderen dem Femetod anheim, meist in den Straßen der bulgarischen Hauptstadt. Nie gelang es, der Mörder habhaft zu werden, denn die IMRO ist mächtig und hat überall ihre Helfer.

Es war ein Ausnahmefall, daß zwei junge Mazedonier von der bulgarischen Polizei gefaßt wurden, als sie auf offener Straße den protogerowistischen Journalisten Pundeff im Auftrage der IMRO erschossen hatten. Zum ersten Male mußte ein bulgarisches Gericht über die IMRO Recht sprechen. Da es in Bulgarien nicht nur Förderer der mazedonischen Sache gibt, sondern auch politische Kreise, die um eines besseren Verhältnisses zu Jugoslawien willen dem mazedonischen Minderheitenkampf seine Schärfe nehmen möchten, so hatte der Prozeß einen doppelten politischen Charakter. Neben den physischen Mördern Medarsky und Stamenkoff saß auch der heutige Führer der IMRO, Iwan Michailoff, als Anstifter zum Mord auf der Anklagebank — er allerdings „unsichtbar", denn seiner konnte die bulgarische Polizei nicht habhaft werden.

Die IMRO hatte sich nach allen Richtungen hin gesichert: sie hatte dafür gesorgt, daß der einzige Augen-

...Fachschriftsteller, ...e und schließlich ...he Beschreibung ...er. Das Ganze ...Titelbild (Photo... ...als die Glanz... ...chtsgeschenk ...Gutschein über

...eser unserer Zei... ...e Notiz berufen, ...rsandspesen vom ...Postscheck-Konto

...achrichten. ...gen Firmen, die ...ge Entlassungen ...von verhältnis... ...Betrieb voll auf... ...lewerke A.-G. in ...noch insgesamt ...daß die Arbeits... ...Zielewerke so gut ...werden brauchte. ...bisherigen Be...

...n. ...er Abend. ...v. Bodelschwingh; ...eyer.

...Pastor Wilmanns; ...rgottesdienst - Weih...

...p. Simon; 10 Uhr: ...Abendmahl.

...ttwoch nach der ...nachtssingen nach ...n Telephonhaus.

...om 24. Dezember ...r früh geschlossen. ...ft, hiervon Kennt...

...r Anstalt Bethel. ...m Heiligabend um

ethel.

abzugeben Haus ...g., lose in Säcken ...frei ins Haus. — ...kunft.

...eine, Ziegen usw. ...werden auf Wunsch Ophir.

...und Weltpolitik: ...n; alle in Bethel.

...achtsgeschenke! ...olfreie Weine ...holfreien Punsch. ...rmhaus „Eden" ...r Straße 8. Ruf 5503

...Wert einer ...ige wächst mit der Dauer ihres Erscheinens.

...Kaffee Tee Kakao ...Sie gut, vorteilhaft stets frisch in der ...eegroßrösterei von ...König ...Nacht. ...ldstraße 14 Erste ...gsquelle für Großver... ...her u. Wiederverkäufer

zeuge des Straßenmordes, ein biederer Bäckerbursche, der wichtigste Belastungszeuge, rechtzeitig verschwand; ja, sie veröffentlichte in Sofioter Zeitungen Erklärungen, worin sie sich als Urheberin des Mordes bekannte, aber die physischen Angeklagten deckte und sich im übrigen als souveräne Gerichtsherrin über ihre ehemaligen und derzeitigen Angehörigen aussprach.

Das Verhör der Angeklagten, die, in schweren Ketten gefesselt, durch die Straßen geführt wurden, war eine Sensation. Schon die Erklärung der Angeklagten, sie seien von der Polizei nicht mißhandelt worden, war etwas Ungewöhnliches. Im allgemeinen ist die bulgarische Polizei nicht zart besaitet, wenn es gilt, Gefangene zu Aussagen zu bewegen. Mit Angehörigen der IMRO aber hält sie es für angebracht, streng nach den Vorschriften umzugehen, — der Arm der IMRO reicht weit!

Im Städtchen Kuestendil hatten die beiden Mörder von einem Kurier der IMRO den schriftlichen Befehl erhalten, nach Sofia zu fahren und dort den Verräter Pundeff zu beseitigen. Sie erhielten Reisekasse, kamen nach Sofia, und warteten in einer Herberge auf weitere Befehle. Ein noch heute Unbekannter, der sich den beiden mit einem Losungswort auswies, zeigte ihnen auf der Straße das Opfer, das nun sieben Tage lang beobachtet wurde.

Pundeff, der wohl wußte, daß über ihn ein Todesurteil der IMRO schwebte, war ständig von Leibwachen umgeben. Sieben Tage bot sich den Mördern keine Gelegenheit, den Mord auszuführen. Bis der Unbekannte sie beim Mittagessen aufrief, in ein Auto setzte und sie auf die Spur hetzte. Die letzten Weisungen waren: „Wenn es nötig ist, müßt ihr nachher für den Befehl auch einstehen, müßt auch wissen, daß Nichtausführung des Befehls euch den Kopf kostet. Schießt auf keinen Unschuldigen, womöglich auf einen fremden Journalisten, damit es später keine Unannehmlichkeiten gibt".

Wenig später krachten die Schüsse, Pundeff und sein Leibwächter waren tot — der sie begleitende bulgarische Rechtsanwalt blieb völlig unversehrt.

Vor Gericht bekannten beide Angeklagten, daß sie Mitglieder der IMRO seien, daß sie jeden Befehl ausführen müßten, weil es sonst ums eigene Leben gehe, eine Behauptung, die das Gericht gern glaubte. Sie waren seit 1918 in der IMRO, nachdem sie vorher im Weltkriege in der mazedonischen Miliz gedient hatten. „Als die Serben Mazedonien besetzten, wurden wir „illegal" und kämpften. Mein Haus wurde verbrannt, die Meinigen vertrieben und ich flüchtete ins Gebirge, wurde Komitatschi." Und der andere: „Wir sind Bulgaren aus Mazedonien. Meine Frau und ich kämpften gegen die serbischen Eindringlinge. Wir schlugen uns durch, obwohl meine Frau schwanger war".

Beim Uebertritt über die Grenze wurde die IMRO-Abteilung, bei der sich der Angeklagte befand, von den Serben erreicht, es entstand ein Feuergefecht, bei dem die in den Wehen liegende Frau des Komitatschi am Fuß verwundet wurde. Seine ganze Familie ist Mitglied der IMRO. Schon als Kind leistete der Angeklagte Kundschafterdienste. „Nun haben uns die Serben Kirchen und Schulen genommen, wir aber wollen nicht serbisch sprechen, wollen Mazedonier sein, darum verfolgt man uns, deshalb kämpft die IMRO. Meinen Vater erschlugen die Serben im Gefängnis, und auch ich werde sterben, wenn es sein muß."

Selbst der Staatsanwalt ließ durchblicken, daß diese Leute als Kämpfer der IMRO keine gemeinen Verbrecher seien, daß sie aber, wie sie es auch selbst zugestanden haben, vor den bulgarischen Gerichten als Mörder zu behandeln seien. Schon die Aussagen der Angeklagten waren eine glänzende Verteidigungsrede für die Macht der IMRO, für ihr Ziel, der mazedonischen Bewegung den Weg zu weisen, wenn nötig, unter blutiger Unterdrückung aller gegnerischen Stimmen — ein Verfahren, das eben auf dem Balkan üblich ist. Hat doch die heute in Bulgarien herrschende Regierungspartei im Bürgerkriege des Jahres 1923 durch ihre Organe Polizei, Miliz und Militär Tausende von Aufständischen über die Klinge springen lassen, von denen längst nicht alle Kommunisten waren und nicht einer dieser Morde — die Opposition spricht von 20 000 Erschießungen und Ersäufungen — hat je ein Gericht beschäftigt!

Der Verteidigung im Pundeff-Prozeß war Gelegenheit, den Unabhängigkeitskampf der Mazedonier, also der IMRO, ins rechte Licht zu rücken. „Diese Angeklagten sind von jenem vergessenen Stamm der Bulgaren, der unter der satanischen Herrschaft, unter dem Joch der Fremden (der Serben) seufzt und der zur Verteidigung seiner Ehre und seiner Menschenrechte nur noch die Revolution als Mittel hat. Sie wurden Revolutionäre, weil man ihre Väter und Brüder erschlug, ihre Frauen und Schwestern schändete. Es blieb ihnen nichts, als der Eintritt in die IMRO."

Der Prozeß endete mit je 15 Jahren Kerker für die Mörder, während ihr Chef, Iwan Michailoff, wegen Mangels an Beweisen freigesprochen wurde. Im übrigen sollten sich die Worte der Verteidigung, die davon sprach, daß die Mazedonier die ganze Erdkugel zu ihrem Eigentum gemacht hätten, weil man ihnen kein eigenes Land geben wolle, acht Tage später in tragischer Weise bewahrheiten. Fern von Mazedonien, in Bulgariens Hauptstadt, wurde durch mazedonische Fememörder der ehemalige hohe Funktionär der IMRO, Naum Tomalewsky, als Verräter durch Gewehrschüsse niedergestreckt. Da der eine der Mörder lebend in die Hände der Polizei fiel, wird Sofia bald Zeuge eines neuen mazedonischen Fememordprozesses werden, ohne daß die IMRO dadurch verschwinden wird.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Gedanken zu dem Artikel von H. Leitz (Beilage Nr. 284.)

Wir sind uns alle darüber klar, daß die Weltwirtschaftskrise heute auf der Ueberproduktion der zu unserem Leben notwendigsten Güter beruht. So widersinnig das klingt: es ist eine Not aus Ueberfluß! Wir müssen uns aber auch darüber klar sein, daß Deutschland nicht in der Lage ist, einen unmittelbaren Einfluß auf diese Weltwirtschaftskrise auszuüben, geschweige denn sie zu bannen. Wir können sie lediglich innerhalb des deutschen Reiches bekämpfen, — und wenn wir dieses mit Erfolg getan haben, so werden wir dadurch auch der ganzen übrigen Welt einen Dienst erweisen.

Ein Ueberfluß an Gütern dieser Erde — eine reiche Ernte an Korn und Kartoffeln — ist an und für sich nie eine Not, es ist im Gegenteil stets ein Segen, für den wir dankbar sein müßten. Genau so verhält es sich mit allen andern Gütern, die wir der Natur und dem menschlichen Fleiß zu verdanken haben. Glaubt etwa jemand, daß ein Bienenvolk bei einer guten Tracht verhungern muß oder daß die Arbeitsfreudigkeit der Bienen durch diese leiden könnte und hierdurch Not und Degeneration eintreten könnte! Genau das Gegenteil davon ist der Fall. Stellen wir uns mal vor, Deutschland wäre ein in sich vollkommen abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet und von der Bevölkerung würde sich bloß ein Drittel mit Landwirtschaft befassen. Die landwirtschaftliche Produktion würde aber ausreichen, um die übrigen zwei Drittel der Bevölkerung zu ernähren. Diese Letzteren könnten sich nun andern mit der fortschreitenden Entwicklung der Maschinentechnik immer neuen Arbeiten widmen. Diese Arbeiten würden aber fraglos ihren Markt im Lande finden, da die Ansprüche der Menschen an die Bequemlichkeit und den Schmuck des Lebens unbegrenzt gesteigert werden können. Es würde sicherlich dem Volk nur zum Segen gereichen, wenn ein jeder in seinem eignen Hause in einem schönen Garten leben könnte, auch würde es nicht schaden, wenn dieses Haus mit allerhand schönen Kunstgegenständen ausgestattet wäre, wenn etwa an den Wänden schöne Gemälde hingen und auf dem Eßtisch schönes Porzellan stünde. Wenn jedermann seine eigne gediegene kleine Bibliothek hätte und vielleicht ein eignes Auto, um die ganze Familie schnell für sportliche Betätigung in schöne Landschaften zu führen. Und dergleichen vieles andere mehr, das zur materiellen und geistigen Bereicherung des Lebens beitragen könnte, ohne mit einer Verweichlichung und Entsittlichung Hand in Hand gehen zu müssen!

Da nun Deutschland zur Zeit kein abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet darstellt, müßte in erster Linie die Grundlage für das Leben des deutschen Volkes — die landwirtschaftliche Produktion im Lande gesichert werden und dann müßten Wege und Mittel gefunden werden, um den deutschen Binnenmarkt voll als Absatzgebiet für deutsche Produktion auszunutzen! Der einzige gangbare Weg hierzu ist die Kontingentierung der Einfuhr für alle die Produkte, die auch in Deutschland gewonnen werden könnten. Zölle können aus fiskalischen oder politischen Interessen erhoben oder fortgelassen werden. Sie bilden stets ein zweischneidiges Schwert und sind ein ungeeignetes Mittel zum Schutz der eignen Produktion.

Um nun zu einzelnen konkreten Beispielen überzugehen, darf ich darauf hinweisen, daß Deutschland einen Ueberschuß an Roggen produziert. Daher ist es geboten, die Einfuhr fremden Roggens vollständig zu unterbinden. Der zur Zeit vorhandene Ueberschuß müßte dagegen vom Staat übernommen und aufgespeichert werden, denn es ist sicherlich gut und vorsorglich, eine Reserve an Brotkorn zu schaffen. Statt des hierzu erforderlichen Geldes könnte der Staat Roggenbriefe herausgeben, die gleichberechtigt mit dem Gelde zirkulieren dürften. Ein Einfuhrmonopol für Weizen würde sofort dem deutschen Weizen in Deutschland den Markt sichern, wobei die Regierung dank diesem Monopol in vernünftiger Weise auf die Preisbildung im Reich Einfluß nehmen könnte. Der Ueberschuß an Kartoffeln könnte natürlich zu Spiritus verarbeitet werden, wodurch der Landwirtschaft eine große Hilfe geleistet wäre. Der Spiritus wäre leicht durch einen 5—10prozentigen Beimischungszwang zum Benzin, wie dieses schon gesetzlich in vielen Nachbarländern geschieht, unterzubringen. Die Einfuhr von Benzin und Oel müßte gleichfalls gedrosselt werden, wenigstens soweit, als wir in Deutschland selber dank dem Bergius'schen Verfahren diese Betriebsstoffe herzustellen vermögen.

So könnte mancher Betrieb dank einer entsprechenden Kontingentierung der Einfuhr wieder in Gang gesetzt werden! Dagegen müßte denjenigen Betrieben, die in der Hauptsache für den ausländischen Markt arbeiten, durch steuerliche Bevorzugung in weitestem Maße geholfen werden.

Fraglos ist der deutsche Innenmarkt mit seinen über 60 Millionen Konsumenten mit dem gehobenen Lebensstandart ungeheuer ausdehnungsfähig. Wenn wir keine Arbeitslosen mehr hätten, würde ein Verbrauch an Waren einsetzen, für die heute keine Nachfrage mehr besteht und erst dann würde die Einfuhr von Rohstoffen und von allen andern Produkten, die in Deutschland nicht mehr gewonnen werden könnte, wieder zunehmen.

Ein Verwandlungskünstler.

Ich bin um eine Erfahrung reicher geworden. Bisher hielt ich es nicht für möglich, daß ein so hochgestellter Mann, wie der ehemalige Nachrichtenoffizier unseres Kronprinzen, Major a. D. Kurt Anker, es fertig bringen würde, seinen früheren obersten Kriegsherrn, seine einstigen Offizierskameraden und das deutsche Frontheer schändlich herunterzureißen! Nun habe ich mit eigenen Ohren gehört und mit eigenen Augen gesehen. Und für immer wird mir dieser Vortrag vom 10. 12. 30 in den Stadtsälen zu Marburg unverdaulich bleiben. Es ist bezeichnend für die geistige Einstellung Ankers, daß er nur Ungünstiges und Häßliches aus seiner früheren Umgebung zu berichten weiß, und daß er glaubt, nur auf diese Art seinen jetzigen Freunden, den Sozialdemokraten und Reichsbannermännern, nützen und wohlgefallen zu können. Man kann leicht beweisen, daß Anker nicht fähig ist, logisch zu denken und Kaiser Wilhelm II. gerecht zu beurteilen. Nachdem er ausführlich beschrieben, daß General Gröner auf Befehl v. Hindenburgs dem Kaiser die Unmöglichkeit des Weiterkampfes und des eigenen Rückzuges an der Spitze der Heeres in die Heimat erklärt hatte, kommt er zu dem bitteren — freilich schon oft gehörten — Vorwurf, der Kaiser sei in das Ausland geflohen, und zwar ohne sich vorher zu verabschieden. Weshalb hat er sich aber auch nicht bei Major a. D. Anker abgemeldet!? — Nach der von Anker festgestellten Lage der Dinge blieben ja dem Kaiser bestimmt nur drei Auswege: entweder Flucht ins neutrale Ausland, oder freiwillige Auslieferung an den A.- u. S.-Rat, oder — Selbstmord! Welcher Ausweg hätte wohl Gnade gefunden vor Herrn Anker?

Der Kronprinz ist in Ankers Urteil noch am besten weggekommen; aber das muß gesagt werden: er hat jedenfalls einen großen Mißgriff begangen, indem er sich gerade diesen Nachrichtenoffizier erwählte; ein routinierter Menschenkenner wäre auf diesen Herrn im schlechtsitzenden Rock mit unsoldatischer Haltung nicht hereingefallen.

Wußte Anker aus seiner Militärzeit wirklich nichts zu erzählen von Kameradschaftsgeist, Opfersinn, Treue, Fürsorge für die Untergebenen, Mut und Heldensinn, die wir aus den Berichten so vieler Frontkämpfer kennen? Dann sind wir gezwungen, auf das Fehlen eben dieser Eigenschaften bei ihm selbst zu schließen! Denn mit jedem Urteil über andere geben wir bewußt oder unbewußt ein Urteil über uns selbst ab.

Man kann nicht ungestraft die Behauptung Ankers hinnehmen, das Frontheer hätte gleichzeitig mit dem deutschen Volk Revolution gemacht. Mit Leichtigkeit erkennt man aus den Worten Ankers die geistige Uebereinstimmung mit dem Machwerk „Im Westen nichts Neues". Eifrig vertrat er die Meinung, die Revolution sei kein Verbrechen gewesen, und hier ist der Punkt, wo die geistige Verwandlungskunst des Redners besonders sichtbar wird. In seinem 1919 erschienenen Buch „Unsere Stunde kommt" schreibt er auf Seite 110/111 folgendes: „Danach hätte der 9. November sehr wohl anders verlaufen können, wenn andere Persönlichkeiten Berater des Kaisers und des Feldmarschalls gewesen wären. Wenn ein kraftvoller Wille, entschlossenes Befehlen und Handeln im großen Hauptquartier geherrscht hätten, so hätten auch genügend Frontdivisionen zum Kampf gegen die Revolution hinter dem Monarchen gestanden." Mit besonderem Eifer verteidigte Anker das Auftreten des Generals Gröner und behauptete, dieser habe auf besonderen Befehl des Generalfeldmarschalls dem Kaiser gegenüber die oben erwähnten entscheidenden Erklärungen abgegeben. Es bleibt die Frage offen, ob dies sich auch auf die bekannte Aeußerung Gröners von der Idee des Fahneneides bezieht. Auch hier können wir Ankers Verwandlungsfähigkeit feststellen. Auf Seite 115/6 seines Buches ist zu lesen: „Ich kann auch heute noch von der persönlichen Ansicht nicht loskommen, daß ein stärkerer Widerstand bei O. H. L. und Generalstab (bis zur Arbeitsverweigerung) die Geschehnisse in andere Bahnen gelenkt, der Revolution ihre schlimmsten Giftzähne ausgezogen und vor allem das Reich nicht den Dilettanten ausgeliefert hätte, die es nach Versailles geführt und in wilder Hast seine letzte Stütze, die alte Feldarmee, zerschlagen haben."

Es ist klar, wir brauchen das Reichsbanner um solchen gesinnungstüchtigen Mann nicht zu beneiden; wir sind vielmehr fast geneigt, unser Beileid auszudrücken, denn wer weiß, wie viele Wandlungen seiner Gesinnung Anker noch durchmachen wird! Ich hatte an dem Abend auch den Eindruck, daß der gespendete Beifall nicht so sehr der Persönlichkeit des Redners galt, als den dort so beliebten abgedroschenen Redensarten.

Zu bitterem Spott reizte die Bemerkung Ankers: das Volk (welches??) hat sich in der Revolution seine Rechte geholt. Nach unseren Begriffen sind das merkwürdige Rechte: erzwungene Untätigkeit, Steuerzahlen für das Wohl des Auslandes und der Bonzen, Ehrfurcht vor dem Gummiknüppel, Hunger, Elend, Selbstmord.

Lächerlich erschienen die krampfhaften Bemühungen des „kaiserlichen" Generalstabsoffiziers, die Zuhörer gruseln zu machen vor den nationalsozialistischen Schwerkapitalisten Mutschmann in Plauen und Genossen. Im Gehirn eines Sozialisten muß es jedenfalls ein Kapitalverbrechen sein, über irgendwelche Geldmittel zu verfügen, sofern man nicht zum „auserwählten Volk" oder zur eigenen Partei gehört. Anker hat es jedenfalls feinfühlend unterlassen, die jüdischen Schwerkapitalisten Deutschlands aufzuzählen. Der Dank seiner augenblicklichen Gesinnungsfreunde ist ihm gewiß.

Welchen Eindruck auf die aufmerksam zuhörenden Reichsbannerhelden würde es wohl gemacht haben, wenn man ihnen diesen Satz aus seinem Buche (Seite 142/3) vorgetragen hätte: Die Partei Adolf Hitlers hat das unbestreitbare Verdienst, daß sie große Massen der Arbeiterschaft den internationalen Parteien entrissen und ins nationale Lager gebracht hat?

Ebenso wie dem Berichterstatter der oberhessischen Zeitung in Marburg war auch mir erst wieder wohler, als ich dem Versammlungsraum mit seiner „Revolutionsluft" den Rücken gekehrt hatte. So etwas Klägliches und Schandbares habe ich in den Stadtsälen selbst bei „Philipp dem Kaiserlosen" nicht erlebt. Herr Anker wird wohl nichts dagegen einzuwenden haben, daß ich sowohl jenen Kurt Anker, der aus seinem Buch „Unsere Stunde kommt" in meiner Phantasie entstanden war, als auch den gestrigen, leibhaftigen Kurt Anker endgültig zu den Toten rechne.

Ernst Beyebach.

Diese Maßnahmen liegen also nicht nur in unserem eignen Interesse: denn erst ein gesundes voll arbeitendes Deutschland käme als Absatzmarkt für die Weltproduktion in Frage!

Zu den 10 Punkten, die Herr Leitz zum Schluß seines Aufsatzes bringt, darf noch bemerkt werden:

1. Die soziale Betriebspolitik (nach dem Vorbilde der Zeißwerke) ist eine Frage, die in keinem direkten Zusammenhange mit der Arbeitslosigkeit steht. Es spricht vielleicht mehr gegen diese Art der Vergesellschaftung der Produktion, sofern sie verallgemeinert werden sollte, — als für dieselbe!

2. Es ist fraglos richtig, wenn der Verfasser darauf hinweist, daß eine Senkung der Löhne ein ganz unzweckmäßiges Mittel darstellt. Jede Senkung der Löhne drosselt den Binnenmarkt und erhöht die Arbeitslosigkeit!

3. Die geforderte Kürzung der Arbeitszeit würde die Produktion herabsetzen und die Arbeitseinschränkungen vielleicht in gerechter Weise auf eine größere Zahl von Arbeitern verteilen, — ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist sie nicht.

4. Die Einführung einer Festwährung — neben der für den Auslandsverkehr notwendigen Goldwährung, würde uns in mancher Hinsicht vom internationalen Finanzkapital unabhängiger machen.

5. Was der Verfasser über die Siedelung und die Wohnungsnot sagt, trifft sicherlich zu. Beides steht auch in engem Zusammenhange mit der Arbeitslosenfrage. Statt der menschenunwürdigen großen Mietskasernen müßten Siedlungen in der Umgebung der großen Städte entstehen mit Einzelhäusern und Gärten. Ein Arbeitsfeld für Millionen von Arbeitern auf Jahre hinaus!

6. Eine Trockenlegung, — kleinen Kindern gegenüber sehr angebracht, — dürfte mit Recht als eine Vergewaltigung eines Teiles der Bevölkerung durch den andern aufgefaßt werden. Die Gesetzgebung eines Staates kann nicht für charakterschwache Säufer zugeschnitten werden. Das Beispiel Amerikas müßte doch abschreckend wirken, es gibt eben wohl kaum ein Land, in dem so viel schlechter, selbstgebrauter Schnaps vertilgt wird, wie in den Vereinigten Staaten! Diese Frage hat mit der Arbeitslosigkeit nichts zu tun!

7. Eine Ueberwachung des technischen Fortschritts würde einen Rückschritt und keinen Fortschritt bedeuten. Es wäre ein gar zu trauriges Zeugnis für den menschlichen Geist, wenn er nicht immer neue Arbeitsmöglichkeiten zum Segen der Menschheit ausfindig machen könnte! Zeit- und Kraftersparnis bei jeglicher Produktion sind natürlich stets ein Gewinn und niemals ein Nachteil!

8., 9., 10. Die Forderung des Kampfes um Befreiung von den Tributlasten hätte ich lieber an erster Stelle gesehen. Dem Wunsch nach Sparsamkeit der öffentlichen Verwaltung und nach Sittlichkeit und Volksgemeinschaft kann jedermann gewiß von Herzen beipflichten.

R. v. Brasch, Auerbach, Hessen.

Die Sperrung der Polizeizuschüsse aufgehoben.

Der Konflikt Thüringen-Reich beigelegt.

Die einbehaltenen Beträge werden nachgezahlt.

Der seit vielen Monaten zwischen dem Reich und Thüringen bestehende Konflikt wegen der Sperre der Polizeizuschüsse ist beigelegt worden. Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, hatte Vertreter des Reichs und Thüringens zu Verhandlungen nach Leipzig geladen und unterbreitete ihnen folgenden Vergleichsvorschlag:

„Die Parteien sind sich darüber einig, daß die Frage, ob und inwieweit die N. S. D. A. P. umstürzlerische oder sonst strafbare Ziele verfolgt, im Rahmen des gegenwärtigen Verfahrens nicht ausgetragen werden kann und soll. Der Standpunkt, den jede Partei zu dieser Frage einnimmt, wird durch diesen Vergleich und die in ihm abgegebenen Erklärungen in keiner Weise berührt. Die Parteien gehen davon aus, daß die grundsätzliche Frage demnächst in einem anderen vor dem Reichsgericht schwebenden Verfahren einer Klärung zugeführt werden wird.

Das Reich hebt die Sperrung der Polizeizuschüsse auf; die bisher einbehaltenen Beträge werden nachgezahlt. Das Land Thüringen nimmt seinen Antrag vor dem Staatsgerichtshof zurück.

Das Land Thüringen erkennt wiederholt die Verpflichtung an, dafür Sorge zu tragen, daß der unpolitische Charakter der Schutzpolizei als Ganzes wie auch das unpolitische Verhalten des einzelnen Beamten im Dienst unbedingt gewährleistet wird. Demgemäß wird die thüringische Regierung bei der Anstellung, Beförderung und Versetzung von Polizeibeamten nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten, sondern nur nach den Gesichtspunkten der Eignung und des dienstlichen Interesses verfahren. Die Parteien sind einig, daß hiermit eine grundsätzliche Ablehnung der Einstellung von Sozialdemokraten ebenso unvereinbar ist, wie eine Weitergabe von Bewerberlisten an eine Parteiorganisation zwecks Feststellung der Parteizugehörigkeit.

Die Gewähr für die Einhaltung dieser Verpflichtungen übernimmt das thüringische Staatsministerium in seiner Gesamtheit.

Der Frage, ob die Grundsätze und Vereinbarungen, auf Grund deren die Polizeikostenzuschüsse an die Länder gezahlt werden, eine rechtliche Zahlungsfrist oder nur eine politische Bindung des Reiches begründen, wird durch diesen Vergleich nicht vorgegriffen.

Der Vorlegung des Vergleichsvorschlags folgte eine längere Aussprache, die dann mit der Annahme des Vergleichsvorschlags durch das Reich und Thüringen endete.

Als Vertreter des Reichs hatten Reichsinnenminister Dr. Wirth, die Staatssekretäre Zweigert und Dr. Pünder sowie Ministerialdirektor Dr. Menzel, als Vertreter Thüringens der Vorsitzende des Staatsministeriums, Minister Baum, und Ministerialrat Dr. Guyet an den Verhandlungen teilgenommen.

Danzig und Polen.

Was bedeutet die Ablehnung der polnischen Forderungen?

Die Regierung der Stadt Danzig, die dieser Tage in einer Note an den Völkerbund polnische Forderungen mit Schärfe zurückgewiesen hat, veröffentlicht jetzt einige Erläuterungen. Darin heißt es:

Die Regierung der Freien Stadt Danzig hat in ihrer Note nachgewiesen, daß die von der polnischen Regierung gestellten Anträge sämtlich unbegründet oder aber dadurch gegenstandslos sind, daß Forderungen erhoben werden, denen die Freie Stadt Danzig bereits von jeher im Rahmen der bestehenden Verträge nachgekommen ist.

Wesentlich ist in der Antwort Danzigs der Hinweis, daß für die Gewährung von Rechten an die polnische Minderheit in Danzig nach dem Artikel 33 des Pariser Vertrages maßgebend ist, welche Rechte und Vergünstigungen Polen auf seinem Gebiet in Ausführung eines im Jahre 1919 geschlossenen Minderheitenabkommens den Minderheiten tatsächlich gewährt. Danzig hat festgestellt, daß in sehr vielen Fällen die Freie Stadt Danzig den polnischen Minderheiten in Danzig tatsächlich ein größeres Maß von Vergünstigungen gewährt hat, als sie die polnische Regierung den Minderheiten in Polen tatsächlich zugestanden hat.

Soweit Danzig mehr geleistet hat als Polen gegenüber den Minderheiten, hat Danzig in der Note zum Ausdruck gebracht, daß es für dieses Mehr, zu dem es nicht verpflichtet ist, sich für die Zukunft seine freien Entschließungen vorbehalte. Die grundsätzlichen Forderungen Polens auf gleiche Behandlung der polnischen Staatsangehörigen mit den Danziger Staatsangehörigen hat Danzig abgelehnt, weil sich aus den Bestimmungen des Artikels 33 eine Forderung Polens in keiner Weise begründen läßt.

Die Sparkassenaufwertung.

Endentscheidung in Preußen. — Festsetzung verschiedener Sätze für die einzelnen Provinzen.

— Berlin, 23. Dezember.

Die Sparkassenaufwertung in Preußen hat nunmehr durch eine neue, am 1. Januar 1931 in Kraft tretende Verordnung des preußischen Staatsministeriums eine endgültige Regelung erfahren. Die Grundlage der Neuregelung bildet der Gedanke der sogenannten provinziellen Aufwertung, die darin besteht, daß die öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen je einer Provinz zu einem einheitlichen Satz aufzuwerten verpflichtet sind; der bisher vorherrschende Gedanke einer generellen Aufwertung, d. h. einer einheitlichen Aufwertung nicht nur für jede Provinz, sondern für ganz Preußen ist damit fallengelassen worden.

Im einzelnen ergeben sich für die verschiedenen preußischen Provinzen folgende Sätze:

Brandenburg und Stadt Berlin, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau	**17 %**
Hannover	**18 „**
Niederschlesien	**18,5 „**
Sachsen	**19 „**
Pommern	**21,5 „**
Rheinprovinz und Regbz. Sigmaringen	**23 „**
Ostpreußen und Grenzmark Posen-Westpreußen	**25 „**
Westfalen	**26,5 „**
Oberschlesien	**29 „**

Zum Zweck der Aufbringung dieser Einheitssätze wird für jede Provinz ein Sparkassenausgleichsstock gebildet. Diejenigen Kassen, die mehr Aufwertungsmasse besitzen, als sie zur Leistung der für die betreffende Provinz vorgeschriebenen Aufwertung benötigen, sind verpflichtet, die überschießenden Beträge an den Ausgleichsstock abzuführen; umgekehrt erhalten diejenigen Sparkassen, die nicht genügend Aufwertungsmasse haben, um aus eigenen Mitteln die vorgeschriebene Aufwertung erstellen zu können, aus dem Ausgleichsstock die notwendigen Zuschüsse.

Ueberschüsse, die im Ausgleichsstock nach Abführung der von den letztgenannten Sparkassen in Anspruch genommenen Summen verbleiben, sind zur Berücksichtigung besonderer sich in Einzelfällen ergebenden Härten zu verwenden. Auf diese Weise soll jeder Pfennig der Aufwertungsmasse den alten Sparern erhalten bleiben.

Beachtung verdient, daß, wie in den Vorjahren, so auch vom 1. Januar 1931 ab ein Teil der aufgewerteten Sparkassengelder wieder gekündigt werden kann. Sparer, deren Guthaben 100 Mark nicht übersteigt, können den ganzen Betrag zurückfordern. Neugeregelt wurde ferner die Verzinsung, indem der Zinssatz für die aufgewerteten Sparkassengelder dem für langfristige Einlagen geltenden gleichgestellt ist; bisher bestand allgemein ein fester Satz von fünf Prozent.

Die Arbeitszeit bei der Reichsbahn.

Die Gewerkschaften nehmen den Schiedsspruch an.

Am 13. Dezember fällte der Schlichter bezüglich der Arbeitszeit bei der Reichsbahn einen Schiedsspruch, der sich u. a. auf die Arbeitszeit in den Ausbesserungswerken und in der Bahnunterhaltung bezog.

Danach sollte die regelmäßige Arbeitszeit acht Stunden täglich betragen, die Ueberzeitarbeit soll auf dringende Fälle beschränkt bleiben. Sie darf im Kalenderjahr, abgesehen von Notfällen, nicht mehr als 130 Stunden betragen. Die Reichsbahn hatte diesen Schiedsspruch alsbald angenommen und Verbindlichkeitserklärung beantragt, während die Gewerkschaften ihn ablehnten.

In der Nachverhandlung vor dem Reichsarbeitsminister haben die Gewerkschaften den Schiedsspruch nun ebenfalls angenommen, der damit Tarifvertrag geworden ist.

Deutschen-Hetze in Pommerellen

Veröffentlichung des Wortlauts der dritten deutschen Note.

— Berlin, 23. Dezember.

Die Reichsregierung veröffentlicht den Wortlaut der dritten deutschen Note an den Völkerbund, die sich ausschließlich mit den polnischen Gewalthandlungen in Posen und Pommerellen befaßt. Der Note beigegeben ist ein Schreiben des Reichsaußenministers, in dem die Terrorakte ausdrücklich als Verletzungen des Minderheitenstatuts charakterisiert werden. Eingeleitet wird die deutsche Note mit folgenden ernsten Feststellungen:

„Die deutsche Regierung verfolgt seit langem mit größter Sorge die Entwicklung der Lage der deutschen Minderheit in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen. Wenn es auch in diesen Gebieten noch nicht zu ähnlichen Ausschreitungen gegen die Minderheit gekommen ist, wie sie sich in Oberschlesien ereignet haben, so führt doch die systematische Hetze gewisser Kreise gegen das Deutschtum, die in Posen und Pommerellen unter den Augen der polnischen Behörden getrieben wird, immer mehr zu einer Aufpeitschung der nationalen Leidenschaften der polnischen Mehrheit und demgemäß zu einer wachsenden Gefährdung der deutschen Minderheit.

Seit den Wahlen hat sich die Lage der Minderheit vor allem in Pommerellen erheblich verschärft. Die Uebergriffe gegen das Deutschtum haben sich vermehrt; bei den Wahlen sind die Deutschen in der Ausübung des Wahlrechts aufs schwerste beeinträchtigt worden. Mit allen Mitteln sollten der deutschen Minderheit die Möglichkeit einer freien politischen Willensäußerung genommen werden.“

Systematische Entrechtung.

In acht Abschnitten führt die deutsche Note dann einige krasse Terrorbeispiele an: die amtliche Propaganda für eine offene Abgabe der Stimmzettel, die den Gastwirten angedrohte Konzessions-Entziehung, die bereits geschilderte Mißhandlung der deutschen Vertrauensleute Raikowski und Mauritz vor den Augen der Polizei, die Beschlagnahme deutschen Wahlmaterials und die Aufstellung „deutscher“ Gegenlisten. Danach heißt es:

Im Wahlbezirk Nord-Pommerellen wurden einige Wochen vor den Wahlen 12 führende Deutsche verhaftet. Drei von ihnen, die Herren Schiemann, Taube und Bamberger, befinden sich noch heute, vier Wochen nach den Wahlen, im Untersuchungsgefängnis in Stargard in Haft. Keinem von ihnen ist eröffnet worden, aus welchen Gründen die Verhaftung erfolgte.

Der Wachtmeister Bodzan kam am Tage der Senatswahlen zu dem deutschen Ansiedler Kant nach Zduny und warf ihm vor, daß er bei den Sejmwahlen die deutsche Liste gewählt habe. Er drohte ihm den Verlust seiner Parzelle an, falls er nicht bei den Senatswahlen die polnische Regierungsliste wählen würde.

Zu radikalen Maßnahmen, die für die Sejmwahlen eine völlige Ausschaltung der gesamten deutschen Wählerschaft des Bezirks zur Folge hatten, schritt man im Wahlbezirk Graudenz. Hier wurde nämlich die deutsche Liste für ungültig erklärt, was den Ausfall von etwa 30 000 deutschen Stimmen bewirkte.

Ferner wurde die Wahlberechtigung von Tausenden von Minderheitsangehörigen mit der Begründung beanstandet, sie besäßen nicht die polnische Staatsangehörigkeit. Hiervon sind allein 1500 Fälle nachweisbar. Es handelte sich dabei fast ausschließlich um Personen, die seit Geburt im Wahlkreise wohnhaft sind.

In den Wahlkreisen Thorn und Samter wurde von den Bezirkskommissaren der Anschluß der deutschen Liste für die Sejmwahlen an die Staatsliste des Deutschen Volksblocks abgelehnt. Die erhebliche Bedeutung des Anschlusses von Bezirkslisten an die Staatsliste ergibt sich daraus, daß nach den geltenden Bestimmungen ein Platz auf der Staatsliste für eine Partei in Frage kommt, falls in sechs verschiedenen Wahlkreisen die Bezirksliste der gleichen Nummer ein Mandat erhält. Ein solcher Erfolg der Minderheit sollte für alle Fälle vereitelt werden.

Die Schlußfolgerungen.

„Zusammenfassend“, so schließt die deutsche Note dann, „muß folgendes festgestellt werden:

Erhebliche Teile der deutschen Minderheit sind durch willkürliche und mit den bestehenden Bestimmungen nicht zu vereinbarende Maßnahmen der polnischen Behörden von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen worden. Dort, wo die Minderheit von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen konnte, wurde die freie Willensäußerung in stärkster Weise beeinflußt. Diese Haltung der Behörden läuft den Bestimmungen des Artikels 7 des Minderheitenschutzvertrages zuwider.

Die deutsche Regierung hält es für notwendig, daß der Völkerbundsrat die erforderlichen Maßnahmen trifft, um die durch Verträge und Gesetze garantierten Rechte der Minderheit wiederherzustellen und so die ernsten Gefahren zu beseitigen, die aus der Fortdauer des Zustandes der Rechtlosigkeit und Bedrückung in Zukunft entstehen müßten.

— Die Vulkankatastrophe auf Java hat bisher 700 Todesopfer gefordert.

Graf Moltke geht nach Warschau

Als Nachfolger Rauschers. — Wysocki zum polnischen Gesandte in Berlin ernannt.

— Berlin, 23. Dezember.

Wie verlautet, ist Graf Moltke, der Dirigent der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, zum Nachfolger des plötzlich verstorbenen deutschen Gesandten in Warschau ausersehen. Die offizielle Ernennung Graf Moltkes wird vermutlich erst Ende Januar erfolgen.

Dann sollen auch gleich die Gesandtenposten in Lissabon und Oslo, die seit längerer Zeit frei sind, besetzt werden. Es verlautet, daß der Pressechef Dr. Zechlin der aussichtsreichste Kandidat für Lissabon ist.

Gleichzeitig tritt auch in der polnischen Gesandtschaft in Berlin ein Wandel ein, indem der bisherige Gesandte Knoll seinen Abschied nimmt und der bisherige Staatssekretär des polnischen Außenministeriums, Dr. Wysocki, die Leitung der Gesandtschaft übernimmt. Die Ernennung Wysockis ist bereits erfolgt. Dr. Wysocki war ursprünglich Journalist und war dann in den Dienst der alten österreichischen Regierung eingetreten. Nach 20jähriger Tätigkeit in Wien übernahm ihn dann 1918 die polnische Diplomatie.

*

Kanzlervortrag bei Hindenburg.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag. Nähere Mitteilungen über die Unterredung des Reichspräsidenten mit dem Reichskanzler wurden nicht gemacht.

Die Weihnachtsfeiertage werden die Mitglieder des Kabinetts in der Mehrzahl außerhalb der Reichshauptstadt verbringen. Zurückbleiben in Berlin lediglich die vier Minister Dr. Groener, v. Guérard, Dr. Curtius und Dr. Stegerwald.

Der Kanzler tritt im Anschluß an diesen Urlaub die angekündigte Reise in die Osthilfsgebiete an, von der er am 11. Januar zurückkehrt.

Beilegung des Breslauer Metall-Konflikts.

— **Berlin,** 23. Dezember. Im Lohntarifstreit der Breslauer Metallindustrie schlossen die Parteien bei den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium eine Vereinbarung, wonach mit Wirkung vom 15. Dezember 1930 die bisherigen Zeitlohnsätze für die gelernten und angelernten Arbeiter um 6 Prozent, für die ungelernten Arbeiter um 5 Prozent, für die Frauen um 4 Prozent und die bisherigen Akkordsätze um 6 Prozent gekürzt werden.

Polnische Spione in der Grenzmark verhaftet.

— **Neu-Bentschen,** 23. Dezember. Die Grenz- und Kriminalpolizei hat drei Reichsdeutsche polnischer Abstammung aus Groß-Dammer (Grenzmark) verhaftet, die zugunsten des polnischen Staates Spionage getrieben haben. Der Polizei ist ein großes Belastungsmaterial in die Hände gefallen. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

Zwischenfall im Arbeitsministerium.

Festnahme eines Eindringlings.

Der 36 Jahre alte Maler Christian Schäfer, der in Röntgental, Schweizerstraße 5, wohnt, erschien im Reichsarbeitsministerium und wollte den Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sprechen. Nachdem er abgewiesen worden war, kehrte er zurück und es gelang ihm bis an das Vorzimmer des Ministers vorzudringen. Hier wurde er von Angestellten zurückgehalten und nach einem heftigen Ringkampf überwältigt. Man rief das Ueberfallkommando, das den Eindringling festnahm und durchsuchte. Man fand bei ihm eine Scheintodpistole. Was den Eindringling zu seiner Handlungsweise bewogen hat, ist noch nicht festgestellt.

*

Der Zwischenfall im Reichsarbeitsministerium.

Berlin, 22. Dez. Der arbeitslose Maler Christian Schaefer, der am Montag mittag im Vorzimmer des Reichsarbeitsministers verhaftet wurde, wird voraussichtlich schon am Dienstag dem Schnellrichter vorgeführt werden. Schaefer, der schon seit geraumer Zeit ohne Arbeit ist, soll die Absicht gehabt haben, dem Minister außer seiner Forderung auf Beschaffung einer Stellung auch ein Reformprogramm für die Arbeitslosenfrage darzulegen.

---

700 Tote auf Java.

Der katastrophale Ausbruch des Merapi.

Die Zahl der beim Merapi-Ausbruch zu beklagenden Todesopfer ist bis jetzt auf rund siebenhundert gestiegen.

Man befürchtet, daß auch diese Ziffer noch nicht endgültig ist und daß noch zahlreiche Menschen dem glühenden Lavastrom zum Opfer gefallen sind. Acht Eingeborenendörfer sind gänzlich zerstört worden, während ein ausgedehntes Gebiet, in dem sich zuvor fruchtbare Landstriche befanden, von dem rotglühenden Sand, den der Lavastrom mit sich führt, in eine Stätte des Grauens verwandelt worden ist.

Da der Lavastrom noch immer nicht zum Stehen gekommen ist, werden weitere menschliche Niederlassungen bedroht. Tausende von Flüchtlingen, auf deren Gesichtern sich die ausgestandene Todesangst widerspiegelt, sind bereits in den Städten Mittel-Javas zusammengeströmt und noch immer treffen weitere Flüchtlinge ein.

Schundkampf.

esp. Ueber den Kampf gegen Schund und Schmutz, den die „Evangelische Hauptstelle gegen Schund und Schmutz", Berlin W. 50, Marburgerstr. 15, seit Jahren betreibt, äußert sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 451 an leitender Stelle:

„Die Leipziger Oberprüfstelle für Schund- und Schmutzschriften hat die Beschwerde des thüringischen Innenministeriums gegen die Freigabe von drei Büchern des französischen Schriftstellers Marice Dekobra abgewiesen, weil „literarische Werke nicht als jugendgefährdend angesehen werden könnten." — Die Leipziger Oberprüfstelle wird ihre Entscheidung sicher nach bestem Wissen und Gewissen getroffen haben; der nachdenkliche Leser dieser Nachricht und ihrer Begründung gerät aber angesichts dieser Entscheidung doch in ein leichtes Schütteln des Kopfes. Alle Welt wundert sich immer noch über den großen Wahlerfolg, den die Nationalsozialisten am 14. September davon getragen haben. Ein gut Teil dieses Erfolges, dieser Zunahme der Wähler vor allem in den Kreisen des guten deutschen Bürgertums, ist sicher darauf zurückzuführen, daß man in den zwölf Jahren seit 1918 der sogenannten Literatur, dem Theater, dem Film gegenüber sich bei uns durchaus im Sinne dieses Leipziger Urteils verhalten hat. In dem letzten Jahrzehnt ist von den Bühnen herab, in Kinos, aus Romanen und Broschüren eine solche Flut von Unrat, ein so trüber Strom trister Unsauberkeit auf uns niedergegangen wie nie zuvor. Wir haben hier jahraus, jahrein gegen diese Verschlammung, gegen diese fast systematische Zerstörung aller Grenzen Front gemacht, haben immer wieder versucht, die Wirkungen aufzuzeigen, die das Ausgießen dieser Unratkübel, mochte es sich nun um importierte französische Cochonnerien oder um angeblich moderne deutsche Literatur handeln, auf die Kreise ausüben mußte, die auf eine reinere Luft Wert legen. Die Wirkung dieser Proteste war gleich null; sobald irgendwo das nicht sehr glückliche, in seinem Sinn aber durchaus zutreffende Wort Kulturbolschewismus auftauchte, erhob sich auf der Gegenseite höchstens Hohngelächter. Jetzt hat das Ergebnis der Wahl gezeigt, wie notwendig unsere Warnung war; die Reaktion gegen diese Verschmierung unseres literarischen Lebens, die einmal kommen mußte, hat deutlich sichtbar eingesetzt und wird sich sicher noch stärker bemerkbar machen, wenn die Gegenseite jetzt nicht endlich lernt, auf die Gefühle des größeren Teiles der Nation etwas mehr Rücksicht zu nehmen, als sie das bisher nötig zu haben glaubte. Die Entscheidung der Leipziger Oberprüfstelle freilich spricht nicht gerade dafür, daß die Einsicht in diese Zusammenhänge schon über die Kreise hinausgedrungen ist, die bereits früher erkannten, was in der Nation vorging."

Hospize und Heime.

Haus Bergblick, Luftkurort Ilsenburg, freundl., ruh., sonniges Heim im Harz unterhalb des Brockens. Behagl. einger. Zimmer mit und ohne Pension. Mäßige Preise. Ausk. Auskunft erteilt **Tabea Sprick** (vorm Frau Pastor M. Sprick).

Heidelberg, Christliches Hospiz Wartburg (früh. Blau-Kreuz-Hotel) Schiffgasse 2, am Neckar gelegen mit schöner Aussicht auf das Gebirge. Zimmer mit fließend. Wasser, Zentralhz. zum Bad, elektr. Licht, Fernruf 755. 40 Betten von 2,50 bis 5,— Mk. Vorsaison Ermäßigung. Besitzer: August Kühn.

Köln a. Rh. Christl. Hospiz, Hotel Fernes. Inh.: Fritz Kraus, Diakon. Johannisstr. Nr. 77, Tel. Rheinl. 3582 (nicht zu verwechseln mit Johannisstraße Nr. 39). Freundl. Zimmer mit guten Betten! Vorzügl. bürgerliche Küche! Mäßige Preise!

Bad Dürrheim (Schwarzwald), höchstgelegenes Solbad Eur. pas. **Christliches Erholungsheim „Haus Hecht".** Neuzeitlich eingerichtetes Neuhaus für spezielle Winterkuren. Solbad im Hause. Zentralheizung in allen Räumen. Fließendes warmes und kaltes Wasser in allen Zimmern. Die ganze Südfront mit großen Liegeterrassen versehen. Gute und reichliche Verpflegung bei 5 Mahlzeiten. Diätküche. Staubfreie ruhige Lage. Mäßige Preise. Telefon Nr. 233.

Erholungsheim im Solling b. Dassel, Krs. Einbeck, Weserbergland. Höhenlage inmitten herrlicher Laub- und Fichtenwälder, Licht-, Luft- und Sonnenbäder, Zentralheizg., elektr. Licht. Andachten und Bibelstunden. Prospekte kostenlos.

Nürnberg. Horeskahaus Sterntorhospiz. 3 Min. links vom Bahnhof. 3,50 Mk. an.

Unkel a. Rhein. Horeskahaus Hotel Schulz. Direkt am Rhein. Pensionspreis von 7 Mk. an.

Neuhäuser Ostpr. Kaiserin-Auguste-Viktoria-Heim. Evang. Kurhaus a. d. Ostsee. Wundervolle Strand- und Waldspaziergänge. Schöne Spaziergänge. Großer Park. Gute Pension 3,50—5,00 Mk., je nach der Jahreszeit. Jahrüber geöffnet. (Inh. Ev. Frauenhilfe.)

Wernigerode am Harz. Harzfriede, Christl. Erholungshaus und Hospiz. 60 Z., 80 B. — Geöffnet Mai bis Okt. Pens. Preise ab 1. Sept. RM 4,50 bis RM 6,— (Balkonzimmer und 4 Mahlzeiten) — Verkehrschrift — Fernruf 522

Stuttgart. Hospiz z. Herzog Christoph, Christophstraße 11. 60 Zimmer von Mk. 3,50 ab. Zentralheizung, Elektr. Licht. Kein Trinkgeld. Aufzug. Voranmeldung ratsam.

Oberndorf b. Feudingen, Kr. Wittgenstein. Christliches Erholungshaus Elim. Winter und Sommer geöffnet. Stärk. Luft herrl. Wald. Tägl. Andacht 4, bis 4,50 Mk. Gut eing. Zimm. mit elektr. Licht Badeeinrichtung. Anmeld. an die Leitung.

Wernigerode-Oberhasserode. Christl. Haus Waldfrieden-Sieveking, Steinberg 18, nahe Tannenhochwald und 4 Min. v. Station Hasserode der Harzquerbahn. Zentralheizg. Das ganze Jahr geöffnet. Fräulein E. Sieveking

Bad Salzuflen. Christl. Erholungsheim „Bergfriede". Eigentum des Diakonenhauses Nazareth, Bethel. Mäßige Preise, für Berufsarbeiter der Inn. Mission besondere Ermäßigung. Hausvater Schneider, Salzuflen (Lippe), „Bergfriede".

Wölfelsgrund. Glatzer Schneegebirge. Deutsch-christl. Touristenheim Höhelei im Bergwald an einem Fußweg gelegen, für kürz. und läng. Aufenthalt geeignet. Nachtl. von 1,50 Mk. an, Frühstück 75 Pfg. Charlotte v. Radecke

Ostseebad Müritz, christl. Familienpension Min. Hüsing. Winter und Sommer geöffnet. Sehr gute Verpflegung, elektr. Licht, Bad. Breiter Strand, herrl. gesch. Waldspaziergänge. Bes.: Frl. Engel und Frau Dir. Schlapoczek.

Kurhaus Monbachtal. Christl. Erholungsheim in schöner, ruhiger, heilklimatischer, einsamer Lage zwischen Höhen und Wäldern. Frdl. Zimmer. Gute Küche. Eine halbe Stunde von Bad Liebenzell, Bahnst. Monbachtalhausen. Tagespreis Mk. 4.5 bis 5.50

Hamburg. Auswandererheim und Hospiz für Stadtbesucher, 4 Minuten vom Hauptbahnhof, Rautenbergstr. 11, neu eingerichtet, Betten von Mk. 1.75 an; Zentralheizung, fließendes Wasser, Brausebäder, gute Verpflegung. Telephon Hansa 4702.

Alkoholkranke! Wo finden dieselben Aufnahme und gewissenhafte, individuelle Behandlung und Pflege? Im **Haus Burgwald, „Heilstätte" Eberstadt b. Darmstadt.**

Christl. Hospiz und Erholungsheim, Bad Salzuflen, Wenkenstraße 31, Telefon 904. Unmittelbar am Kurgarten. Neuzeitl. einger. Zentralhzg. Fließ. Wasser. Beste Verpfl. Auch Tagesgäste. Vor- und Nachsaison billiger. Näheres durch Prospekt

Kinderheim Paulsen. Ganzjährig geöffnet. Prospekt frei d. d. Besitzer Gemeindevorsteh. Paulsen, **Amrum-Norddorf.**

Wernigerode-Nöschenrode. Christl. Erholungsheim Haus Rödenbeck, Schmales Tal 2, mit großem Garten, herrlich im Walde gelegen. Tagespreis für volle Pension 4,40 Mk. Durch Pastor Hölzel warm empfohlen.

Christliches Erholungsheim Rhönhäuschen, Bahnstation: Zeitlofs-Unterfranken (Lokalbahn Jossa-Bad Brückenau), bietet für 4,50 und 10% 4 gute und reichliche Mahlzeiten, fröhliche Geselligkeit, Liegekuren in staubfreier, kräftiger Luft, herrliche Rhönwanderungen, Brunnenkuren, Gelegenheit zu Badekuren im nahe gelegenen Bad Brückenau. Auskunft durch die Besitzerin: Frau Grä in Schulenburg, Zeitlofs-Unterfranken. Empfohlen durch Pastor Hölzel.

Leipzig. Christl. Hospiz Wittenberger-Hof, Ecermaksgarten 10, 6 Min. vom Hauptbahnhof, linker Ausgang). Ruhigste Lage. 30 Zimmer. Elektr. Licht. Zentralh., Bäder. Preis pro Bett 2,50 bis 4,— Mk. einschl. Bedng.

Caub a. Rh., Haus Eisenburg, Erholungsheim des Westd. Jünglingsbundes. Prachtvolle Lage. Freundl. Zimmer, gute Verpflegung, mäßige Preise. Das ganze Jahr für jedermann geöffnet. Werbeschrift sendet Herb. Hinnenberg.

Münster i. W., Christl. Hospiz, Sternstraße 8, Fernruf 1242. 8 Min. vom Bahnhof. Ruhige Lage. 10 Zimmer 12 Betten von 2—3 Mk.

Berlin S 59, Christliches Hospiz, Cottbusser Damm 72. Nähe Görl. Bhf. Freundl. Zimmer, Bett 3,— Mk. einschl. Bedien. Gute Verbindung nach allen Stadtteilen. Telefon Neukölln 2808.

Orsoy (Niederrhein). Heimvolkshochschule f. j. Mädchen ü. 18 J. Einjähr. Lehrgang. Zielt: Charakterbildung auf christlicher und deutscher Grundlage. Neben wissenschaftlichem Unterricht auch hauswirtschaftlicher mit Praxis.

Heidelberg. Christliches Hospiz „Holländer Hof". Bei der alten Neckarbrücke. Telefon 527.

Nordseebad Langeoog. Tongers Familienheim bietet Erholungsuchenden Wohnung mit gut bürgerlicher, seegemäß kräftiger Verpflegung. Kurze Abendandachten hält im Juli Pastor Tegtmeyer, Vorsteher der Diakonenanstalt Nazareth in Bethel, und im August Pastor Voigt am Diakonissenhaus Sarepta in Bethel. Weitere Auskunft wird kostenlos durch Hausprospekt gern erteilt.

Hospiz C. V. j. M., Christl. Verein jg. Männer e. V., Essen, Hoffnungstr. 9 (Nähe Limbeckerplatz). Vollständig neu eingerichtet, elektr. Licht, Zentralheizung. Ruhige Lage. Einzelzimmer von Mk. 2.75.

Luzern (Schweiz), Johanniterhospiz Waldstätterhof, Christl. Hospiz, Sempacherstr. 18, 5 Min. von Bahn und Schiff. Mäßige Preise. Kein Trinkzwang. Trinkgeldberechnung. Restauration.

Stolberg/Harz. Christl. Erholungsheim. Bevorz. Lage, best eingerichtet, ruhig. Haus. Andacht. Sanatoriumsverpflegung. Mäßige Preise.

Schloß Rhoden (Waldeck). Erholungsheim für berufstätige Damen. Beste Verpflegung. Schöne Zimmer mit herrlicher Aussicht. Tagespreis 4,50 und 4,25 Mk.

Gebildete ältere

Persönlichkeit

evang., perfekt im Kochen, auch Großbetrieb, sucht selbst. Posten. Angebote an

E. Felser, bei Gräfin E. Görtz, „Haus Berleburg", Schlitz (Oberhessen)

Zum 1. Januar **zwei gut möblierte**

Zimmer

an nette Damen oder Herren zu vermieten, evtl. auch mit voller Pension.

Bethelecke, Schirmgeschäft Spangenberg.

Flüssige Trauben

Hessigheimer

unvergorener, naturreiner Traubensaft (enthält die meisten Vitamine und Duftstoffe der frischen Frucht, ist frei von jeglichem chemischen Zusatz) 7/8 Liter Fl. rot und weiß zu nur RM. 1.10 von 20 Fl. ab Fl. RM 1.—. Versand von 10 Fl. ab (direkt aus erster Hand). Bei Bestellung bitte Bahnstation angeben.

G. Nägele, Weingärtner, Hessigheim a. N. (Wttbg.) Besigheimerstraße 65.

Pelze

Rollkragen, in allen Pelzarten, schon von Mk. 20,— an.

Füchse in allen Farben.

Krawatten billigst.

Felle zum Besetzen.

Für ältere Damen habe ich eine Anzahl dickgefütterte Pelze angefertigt, von Mk. 20.— an.

Kleiner Laden, größte Auswahl, kleine Unkosten, daher billigste Preise bei bester Ware.

Auf Wunsch Teilzahlung.

Fr. Peperkorn,
Dammstraße 12,
Nähe Obernstraße.

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Bodinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines

Bienen-Blüten-garant. Honigs

10 Pfd.-Dose 10.65 RM, vorwiegend **Klee-Lindenblüte** 12.80 RM, halbe Dose 6.10 RM und 7.10 RM, 1½ Pfd.-Dose 2.00 RM und 2.20 RM frei Haus. Nachn. 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme.

W. Krieger, Borgeln 2, Kr. Soest.

Dieser Honig ist auch in Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

Aluminium- u. Korbwaren



in guter, starker Ausführung fertigen an und empfehlen die

„Tiberias-Werke" der Anstalt Bethel

Verlangen Sie bitte Preisliste.

Die machen **Freude** — ! nämlich

Weihnachtsgaben

nützlich und billig vom

Fachgeschäft

für: **Strümpfe, Unterzeuge, Strickjacken, Herrenartikel**

SIEPE Alter Markt

Der Rundfunk-hörer

Die kulturbetonte, reich illustrierte Rundfunkprogrammzeitschrift, der Vorkämpfer für Heimat, Seele, Volkstum im deutschen Rundfunk.

Ausführliche Programme aller Sender
Orientierende u. unterhaltende Aufsätze
Bastel- und Rätselecke — Guter Roman

Reichsausgabe monatlich 90 Pfg. Ausgabe A (Noragsender) vierteljährlich 1,80 RM. Bestellungen bei jeder Post. — Zu haben in jeder Buchhandlung.

Probeheft umsonst

Verlag: Hamburg I, Große Bäckerstr. 5—7

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.